

REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMTA-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 600.008/1-V/6/89

An das  
Präsidium des Nationalrates1010 W i e n

*Wimmer*

Retrifft	GESETZENTWURF
Z.	10 - GE/9 <i>sl</i>
Datum:	22. JAN. 1990
Verteilt:	23. Jan 1990 <i>sl</i>

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Irresberger

2724

**Betrifft:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Akademie-Organisationsgesetz geändert wird;  
Begutachtung

Das Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst übersendet 25 Aus-  
fertigungen seiner Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesge-  
setzes, mit dem das Akademie-Organisationsgesetz geändert wird.

18. Jänner 1990  
Für den Bundesminister für  
Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
i.A. LACHMAYER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

*[Signature]*





REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT

A-1014 Wien, Ballhausplatz 2  
Tel. (0222) 531 15/0  
Fernschreib-Nr. 1370-900  
DVR: 0000019

GZ 600.008/1-V/6/89

Bundesministerium für  
Wissenschaft und Forschung

1010 W i e n

**DRINGEND**

Sachbearbeiter

Klappe/Dw

Ihre GZ/vom

Irresberger

2724

59.243/52-18/89  
18. November 1989

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das  
Akademie-Organisationsgesetz 1988 geändert wird;  
Begutachtung

Zum gegenständlichen Gesetzesentwurf nimmt das Bundeskanzler-  
amt-Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

Zu Art. I Z 7:

In der Novellierungsanordnung hätte es "lit.c sublit.aa" zu  
heißen.

Zu Art. I Z 13 (§ 16 Abs. 2):

Der Ausdruck "In Einzelfällen" am Beginn des Abs. 2 entspricht  
nicht dem gesetzlichen Determinierungsgebot des Art. 18 Abs. 1  
B-VG (vgl. auch die Erläuterungen, Seite 6). Demnach wäre in  
das Gesetz und nicht bloß in die Erläuterungen eine ent-  
sprechende Umschreibung der in Betracht kommenden Einzelfälle  
aufzunehmen.

- 2 -

Zu Art. I Z 21 (§ 22 Abs. 5):

Die Zuteilung von Budgetmitteln wäre im Sinne des Art. 18 Abs. 1 B-VG näher zu determinieren.

Zu Art. I Z 29 (§ 56):

Hiezu ist - wie zu Art. I Z 2 (§ 18 Abs. 8 AHStG) bzw. Art. I Z 14 (§ 38 KHOG) der parallelen Entwürfe von Novellen zu AGStG und KHOG - zu bemerken, daß die Beschränkung der Kooperationsmöglichkeit auf juristische Personen mit dem Gleichheitssatz offensichtlich nicht zu vereinen ist.

Zu den Erläuterungen:

Am Ende des Allgemeinen Teiles der Erläuterungen wäre die Kompetenzgrundlage anzugeben.

Die Aussage in den Erläuterungen und im Vorblatt, daß lediglich etwa S 25.000,-- jährlich an Kosten anfallen, ist offensichtlich korrekturbedürftig, da z.B. im § 16 Abs. 2 ein neuer Beirat (mit in- und ausländischen Fachvertretern) eingerichtet und herangezogen werden soll.

Zum Vorblatt:

Hiezu ist auf das die "EG-Rechtskonformitätsprüfung" betreffende ho. Rundschreiben vom 25. Oktober 1989, GZ 671.804/9-V/8/89 hinzuweisen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

18. Jänner 1990  
Für den Bundesminister für  
Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
i.A. LACHMAYER

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:  
dec. 1725V